

Fall: "Luftnummer?"

Memberland besitzt ein großes Ballungsgebiet in seinem Zentrum. Dort befinden sich chemische Industrien, Kraftwerke und der größte Flughafen des Landes. In der nahe gelegenen Stadt Membertown wird die Luftqualität durch Feinstaub stark negativ beeinflusst. In einer solchen Situation sieht Art. 23 der Richtlinie 2008/50 über die Luftqualität vor, dass die Mitgliedstaaten Aktionspläne ("Luftqualitätspläne") aufstellen müssen, um zu verhindern, dass die Grenzwerte für Feinstaub in der Luft (PM 10) überschritten werden. Diese Richtlinie wurde durch das nationale Luftreinhaltegesetz in nationales Recht umgesetzt. Im Jahr 2015 hat die zuständige Behörde (bereits spät) einen Luftqualitätsplan verabschiedet. Darin wurde eine "Environmental Protection Area (EPA)" in der Stadt Membertown eingerichtet, was bedeutete, dass "Fahrzeuge mit älterem Baujahr" im Stadtzentrum verboten wurden.

Im Januar 2020 stellte die NGO MM ("Maintain Memberland"), ein Umweltverband (ENGO) nach nationalem Recht mit dem Ziel, Wasser-, Luft- und Bodenverschmutzung zu bekämpfen, einen Antrag bei der zuständigen Behörde und machte geltend, der Luftqualitätsplan sei unzureichend und müsse deshalb verbessert werden. Passiert ist seitdem nichts. Unter Wissenschaftlern besteht - nach Auswertung von Daten aus den Jahren 2016, 2017, 2018 und 2019 - kein Zweifel daran, dass das Verbot, das ältere Fahrzeuge betrifft, die kritische Belastung mit Feinstaub (PM 10) in der Stadt nicht signifikant reduzieren wird und dass die EU-Grenzwerte in den Folgejahren überschritten werden. Die Wissenschaftler haben in ihren Szenarien immer wieder bestätigt, dass "ein Verbot aller Dieselmotoren" in der Stadt Membertown das Problem sofort lösen würde.

Im Februar 2020 hat die ENGO MM Klage beim Verwaltungsgericht erhoben. Sie beruft sich auf ihr "Aarhus-Recht" auf Zugang zu den Gerichten und argumentiert: Der beklagte Mitgliedsstadt sei für die Unterlassung verantwortlich. Es vernachlässige seine europarechtlichen Verpflichtungen, eine ausreichende Luftqualität zu gewährleisten. Die "Environmental Protection Area (EPA)" in der Innenstadt sei ein reines Placebo und könne weder die Luftqualitätsgrenzwerte für PM 10 noch die für Stickstoffdioxid (NOx) garantieren.

Im März 2020 traf die Corona-Pandemie das Mitgliedsland. Es trat ein landesweiter Lockdown in Kraft, um die Ausbreitung von COVID-19 zu bekämpfen. Seit der Sperrung verzeichnet die Stadt Membertown einen Rückgang der Feinstaubwerte (PM 10) um 30 v.H. Mit dem Rückgang des Berufsverkehrs sind auch die Stickstoffwerte um 30 v.H. gesunken.

Der Kläger (ENGO MM) verweist auf die Luftqualitäts-Daten von 2016 bis 2019 und warnt davor, die kurzfristige Entwicklung durch die Covid 19 als relevant anzusehen.

Die ENGO MM beantragt,

das Gericht möge die Beklagte verpflichten,
in ihrem Luftreinhalteplan "ein Verbot für Dieselfahrzeuge " aufzunehmen.

Die Beklagte (Memberland) beantragt,

die Klage abzuweisen.

Fall: "Luftnummer?"

Diskussionspunkte (ziehen Sie EU-Recht und Ihr nationales Recht heran):

A: Zulässigkeit ? Ja: Nein: Unklar:

1. Verwaltungsakt ?
Ist der angegriffene Luftqualitätsplan ein Verwaltungsakt? Ja: Nein: Unklar:
2. Klageart ?
Hat das Gericht die Befugnis, den Beklagten (Memberland) zu verpflichten den Luftqualitätsplan zu verbessern?" Ja: Nein: Unklar:
3. Klagebefugnis der ENGO MM nach Art. 9 (3) Aarhus-Konvention ? Ja: Nein: Unklar:

B: Kann das Gericht Beweis erheben? Ja: Nein: Unklar:

1. Ist es möglich, den Standort der Messstellen zu hinterfragen? Ja: Nein: Unklar:
2. Ist es möglich, Experten zur Luftqualität zu hören? Ja: Nein: Unklar:

C: Ist die Klage begründet? Ja: Nein: Unklar:

1. Ist die Covid-Situation in den Jahren 2020 / 2021 maßgeblich? Ja: Nein: Unklar:
2. Ist die Kassation des bestehenden Luftqualitätsplans Ihre Lösung? Ja: Nein: Unklar:
3. Gibt es eine einklagbare Verpflichtung zur Luftqualitätsplanverbesserung? Ja: Nein: Unklar:
4. Darf das Gericht dazu verpflichten, ein "Dieselverbot" zu erlassen? Ja: Nein: Unklar:

D: Vollstreckbarkeit eines Urteils, das ein "Dieselfahrverbot" verhängt? Ja: Nein: Unklar:

1. Hat das Gericht die Befugnis, gegenüber einem Amtsträger eine Zwangshaft anzuordnen, wenn er sich weigert, das gerichtliche "Dieselfahrverbot" umzusetzen? Ja: Nein: Unklar:
2. Hat das Gericht die Befugnis, ein Zwangsgeld gegen die öffentliche Verwaltung zu verhängen, die sich weigert, das "Dieselverbot" umzusetzen? Ja: Nein: Unklar:

Ich freue mich auf eine rege Diskussion!